

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH!
PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

WESTBERLINER KOMMUNIST

Organ für den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei Westberlins

November 1992

Pogrome 1938 und 1992:

SOLIDARITÄT MIT DEN OPFERN!

Angesichts der Pogrome gegen Flüchtlinge, namentlich gegen Sinti und Roma, angesichts der Schändung von jüdischen Gräbern, der Besudelung von Mahnmalen, die an die Massenvernichtung der Juden durch die Nazis erinnern und der Zerstörung von antifaschistischen Gedenkstätten, wie in Sachsenhausen und Ravensbrück, kommt dem Erinnern der Novemberpogrome 1938 gegen Juden in Deutschland besondere Aktualität zu. Was war, kann sich wiederholen. Und die Anzeichen sind unübersehbar, daß diese Warnung, einst ausgesprochen für die Nachgeborenen, besonders ernst genommen werden muß, um Klarheit, Entschlußkraft zum Handeln und die nötigen Kräfte zu gewinnen, um sich dieser Entwicklung entgegenzustellen.

Dabei geht es keineswegs nur darum, der Propaganda der Nazis entgegenzutreten, die den Tag des Falls der Mauer als Symbol für die "Einheit Deutschlands" mit den Pogromen gegen die Juden in Deutschland programmatisch verknüpfen und den 9. November zum "Kampftag gegen multikulturelle Übersremdung" erklären. Vielmehr muß gerade auch die offizielle Heuchelei des Staates der westdeutschen Imperialisten und der ihn tragenden Parteien entlarvt werden, die den 9. November zum Anlaß nehmen, das "Bild der Deutschen im Ausland zu korrigieren", so als gäbe es keinen Verbindung zwischen der "deutschen Einheit" und den Pogromen gegen Flüchtlinge, keinen wachsenden Antisemitismus im Zusammenhang mit dem Prozeß der Einverleibung der ehemaligen DDR, obwohl doch in den Zeitungen und Medien das Gegenteil ablesbar ist.

Gegen Nazipropaganda und offizielle Heuchelei gilt es, die entscheidende Lehre aus Geschichte und Gegenwart zu verteidigen und in die Tat umzusetzen: unbedingte Solidarität mit den Opfern!

Pogrome 1938 und heute

Die Pogrome gegen Flüchtlinge im Jahre 1992 könnten auf keinen Fall mit den Pogromen gegen Juden 1938 verglichen werden, tönt es in offiziellen Verlautbarungen und entsprechenden Medien, denn heute handle es sich um einen "demokratischen Rechtsstaat" und nicht um eine "totalitäre Diktatur". Die Verharmlosungsstrategie liegt auf der Hand. Ganz abgesehen davon, daß allein schon die Pogrome gegen Flüchtlinge unterstrichen, wie "demokratisch" die Verhältnisse hier sind, besteht der Trick darin, den Vergleich abzuwehren, indem gegen eine angebliche Gleichsetzung polemisiert wird.

Darf man also vergleichen? Ja, wenn über Parallelen und historische Kontinuitäten die Unterschiede nicht verwischt und die Lehren gezogen werden für den Kampf gegen Antisemitismus, gegen Rassismus überhaupt und gegen deutschen Chauvinismus.

Die Pogrome 1938, als die Synagogen brannten und 30 000 Juden in die KZs verschleppt wurden, waren die Vorbereitung für die Massenvernichtung der Juden in den Vernichtungslagern, der Auftakt für den Griff der deutschen "Herrenmenschen" nach Weltherrschaft, welche der deutsche Imperialismus ein Jahr später mit dem Anzetteln des Weltkrieges erringen wollte.

Der rassistische Antisemitismus blieb ohne bedeutsame Gegenwehr, nachdem die Arbeiterbewegung 1933 geschlagen und die KPD weitgehend zerschlagen war. In staatlich organisierten Pogromen bewies er sein mörderisches Gesicht.

Und heute? Zweifelsohne sind die Nazis nicht an der Staatsmacht, kommen Flüchtlinge heute nicht ins KZ, wie Juden, wie Sinti und Roma. Dies macht für die Opfer einen gewichtigen Unterschied. Aber sind Flüchtlinge ihres Lebens sicher, sind sie sicher, in den Heimen und Sammelunterkünften nicht verbrannt, auf der Straße nicht erschlagen, nicht abgeschoben und den Schlächtern ausgesetzt zu werden? Können sie sich auf das Asyl oder auch nur den Schutz in einem "demokratischen Rechtsstaat" verlassen?

Das Gegenteil ist wahr, wie täglich zu erfahren ist. Dieser Staat ist demokratisch gegenüber Nazis und Rassisten, sie können sich sammeln und organisieren, können ihre rassistischen Hetzschriften und ihre Verherrlichung des nazifaschistischen "3. Reiches" verbreiten, können die Opfer, die damaligen und die heutigen, verhöhnen, ihre Vernichtung und Ermordung rechtfertigen.

Alibi-Regierungs-demonstration zum 9. November - Jüdische Antifaschisten in Rostock geschlagen und verhaftet!

Nur wenige Wochen nach den Pogromen von Rostock zeigte die Polizei des westdeutschen Imperialismus dort erneut, worin ihr Auftrag besteht. Während der eine oder andere Politiker noch salbungsvolle Worte über die Demonstration zum 9. November und die "Verantwortung vor der Geschichte" fand, wurde eine Protestaktion von etwa 60 Mitgliedern der FFJDF, "Söhne und Töchter der aus Frankreich deportierten Juden", und mehreren Roma vor dem Rostocker Rathaus am 19. Oktober brutal von der Polizei aufgelöst, die für Rostocker Verhältnisse ungewöhnlich rasch zur Stelle war.

Die Aktion richtete sich gegen das Deportations-Abkommen des westdeutschen Imperialismus mit der rumänischen Regierung vom 24. September, mit dessen Hilfe Tausende von Roma, die aus Rumänien vor Verfolgung und Pogromen geflohen sind, ohne Umschweife wieder dorthin abgeschoben werden sollen.

Außerdem hatten die Demonstranten am Rathaus eine Gedenktafel angebracht, in der die rassistischen Gewalttaten von Rostock/Lichtenhagen verurteilt und eindeutig eine Verbindung zu den Verbrechen des deutschen Faschismus hergestellt wurde:

"In dieser Stadt gingen Menschen im August 1992 erneut mit rassistischen Gewalttaten und Brandstiftungen gegen unschuldige Familien, Kinder, Frauen und Männer vor. Wir erinnern an die Millionen Kinder, Frauen und Männer, die - weil als Juden oder Sinti und Roma geboren - dem nationalsozialistischen Völkermord zum Opfer fielen. In einer einzigen Nacht unvergesslichen Grausens wurden am 2. August 1944 die 3000 noch lebenden Menschen im 'Zigeunerlager' von Auschwitz-Birkenau durch Gas ermordet. Diese Erfahrungen und historischen Verpflichtungen für das deutsche Volk müssen wachgehalten werden, um zu verhindern, daß sich Gewalt und Menschenverachtung jemals wiederholen."

Fortsetzung Rückseite



15 bis 20 000 Menschen beteiligten sich an der Demonstration in Rostock am 29. August 1992

Unter dem Vorwand, es wäre eine Tür im als unwahr herausstellte, griff die Polizei die Kundgebungsteilnehmer an, als diese versuchten, verantwortliche Politiker aus der Stadtregierung zur Rede zu stellen. Nachdem mehrere Festgenommene wieder aus den Händen der Polizei befreit worden waren, wurden insgesamt 45 Demonstranten in Polizeigewahrsam abgeführt. Drei von ihnen wurden unter Anschuldigungen von Landfriedensbruch bis zur gefährlichen Körperverletzung in Haft genommen. Im Fall einer Verurteilung drohen ihnen bis zu fünf Jahren Haft, wie der zuständige Oberstaatsanwalt verlauten ließ. Nach den Pogromen von Rostock/Lichtenhagen gab es bisher erst einige wenige Verurteilungen für die faschistischen Schläger - die höchste der verhängten Strafen war ein Jahr Gefängnis ...

Nicht weniger empörend als die Verhaftungen und die drohenden Prozesse gegen die Demonstranten sind die politischen Stellungnahmen, mit denen diese berechtigte Protestaktion als krimineller Akt diskreditiert werden soll. Dieselben Figuren, die eben noch für den versuchten Mord an Flüchtlingen und ausländischen Arbeitern ihr "Verständnis" bekundet und den faschistischen Mob in Schutz genommen hatten, waren nun außer sich. Vertreter aller Parteien des westdeutschen Imperialismus in Rostock - inklusive des Bündnis 90 - bezeichneten die Demonstration der Roma und Juden als "provokativ"; der Referent des Bürgerschaftspräsidenten versteigerte sich gar zu der Behauptung, es hätte in Rostock gar "keine rassistischen Gewalttaten gegeben" (taz 21.10.92). Die Gedenktafel wurde wieder entfernt.

Verhöhnung der Opfer, zynische Heuchelei und Unterdrückung von Protestaktionen, die sie nicht in der Hand haben und die sie treffen, das ist das wahre Gesicht der westdeutschen Imperialisten am 9. November.

munistische Partei seit den 50iger Jahren selbst ihre revolutionären, marxistisch-leninistischen Grundlagen aufgegeben und sich mit dem imperialistischen System versöhnt hat.

Die heutige Realität bietet also mehr als einen Grund, der Lehre aus den Pogromen von 1938 Kraft zu verleihen und sie in die Tat umzusetzen:

Nicht beiseitestehen, nicht wegschauen! Pogrome sind der Auftakt für weit größere Verbrechen, vor allem an anderen Völkern. Es geht primär um die Solidarität mit den Opfern, um die Mitverantwortung an den Verbrechen der "eigenen" herrschenden Klassen, der "eigenen" Regierung.

Gegen die Heuchelei der Herrschenden

Alle Parteien im Bundestag bis hin zur Regierung organisieren in der "Hauptstadt" anlässlich der Novemberpogrome eine Demonstration, um das "Bild Deutschlands im Ausland" aufzupolieren. Dies ist eine Heuchelei mit vielen Facetten, nicht nur angesichts der staatlichen "Ausländer raus"-Politik, die sich mit Schlagwörtern wie "Kontingentierung" nur notdürftig maskiert. Die Heuchelei wird ergänzt durch Vertuschung, wie die Nachrichtensperre nach der Schändung der KZ-Gedenkstätte in Ravensbrück zeigt.

Wer hätte vergessen, daß die Bundesrepublik niemals aufgehört hat, sich als "Rechtsnachfolger" des Hitlerschen "3. Reiches" zu verstehen. Wer hätte vergessen, daß die Prozesse gegen die Nazi-Verbrecher von der bundesdeutschen Justiz verschleppt wurden, bis kaum noch anzuklagende Täter übrigblieben, wobei die Prozesse nicht selten zu Tribunalen gegen die Opfer umfunktioniert wurden. Wer hätte vergessen, daß Nazi-Verbrecher in den Spitzen des westdeutschen Staatapparats, in Bundeswehr, Justiz, Verwaltung und Regierung tätig waren.

Wer erinnert sich nicht der Verhöhnung der Opfer durch die Versöhnung mit den Tätern in Bitburg. Wer erinnert sich nicht an den bundestagsoffiziellen Antisemitismus eines Bundestagspräsidenten Jenninger. Wer erinnert sich nicht an die ideologische Offensive im sogenannten "Historikerstreit", in dem die Naziverbrechen relativiert und der Nazi-Faschismus als "Schutz" vor der kommunistischen "Bedrohung" gerechtfertigt wurde und der schließlich vom Bundespräsidenten Weizsäcker seine Weihe als "wissenschaftlicher Meinungsstreit" erhalten hat. Die historische Kontinuität des westdeutschen Staates zu seinem Vorgänger, dem Staat des Nazi-Faschismus, wurde nicht und ist nicht durchbrochen.

Die deutsche Geschichte und Gegenwart zeigen, dieser imperialistische Staat und seine tragenden Parteien sind nicht antifaschistisch und nicht antirassistisch. Treten sie aus Gründen der Opportunität in einem solchen Gewand auf, dann muß dies nach allen Regeln der Kunst politisch und ideologisch entlarvt werden, ansonsten ist kein wirklicher Kampf, keine wirkliche Bewegung gegen Rassismus und Antisemitismus, kein Bruch mit dem deutschen Chauvinismus möglich, der noch im "antirassistischen" Gewande sich vorrangig um das "Bild der Deutschen" und nicht um die Solidarität mit den Opfern kümmert.

Über die aktuellen Fragen hinaus geht es hierbei letztlich darum, ob die Wurzeln eines Systems erkannt werden, das Rassismus gesetzmäßig hervorbringt und das deshalb auch radikal, an die Wurzel gehend, zerschlagen werden muß.

Mit dem System brechen!

Ein System, das auf Ausbeutung und Erzielung von Maximalprofit beruht, muß es, bei Strafe seines Untergangs verhindern, daß die "Verdammten dieser Erde" sich einig werden. Zu diesem Zweck mobilisiert dieses kapitalistische System alle Vorurteile der Vergangenheit und Gegenwart, alle in der Geschichte der Ausbeuter- und Täterschaften entstandenen reaktionären

Ideen und Theorien, namentlich der Überlegenheit bestimmter "Rassen" und "Völker" gegenüber anderen.

Dies zu widerlegen und zu entlarven, ist nicht nur eine wichtige Aufgabe, um den antifaschistischen Kampf zu entwickeln, sondern gleichzeitig ein wesentlicher Bestandteil des Kampfes gegen das kapitalistische Ausbeuter- und Tätersystem, eine wichtige Vorbereitung, um die ideo- und ideologische Vorherrschaft dieses Systems zu brechen und den Kampf um die Köpfe und Herzen der Mehrheit der Arbeiterinnen und Arbeiter zu gewinnen.

Die Ideologien des Chauvinismus und Rassismus sind jedoch nicht zu vernichten, wenn nicht ihre materiellen Wurzeln beseitigt werden, wenn nicht das kapitalistische System und sein Staat in der proletarischen Revolution gewaltsam zerschlagen werden, wenn nicht der Staat einer Diktatur der Minderheit, der Bourgeoisie ersetzt wird durch einen Staat, der auf neue Art diktatorisch ist, nämlich gegen die Ausbeuter, gegen ihre Ideologien, gegen Rassismus und Chauvinismus, und auf neue Art demokratisch, nämlich für die Mehrheit der ehemals Ausgebeuteten und Unterdrückten, basierend auf der Solidarität und dem Internationalismus der "Verdammten dieser Erde".

In diesem Staat der Diktatur des Proletariats wird es kein "Recht" auf Chauvinismus und Rassismus geben. Er wird vielmehr das Instrument der Arbeiterklasse und ihrer kommunistischen Partei sein, um in einem gigantischen Klassenkampf für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft die materiellen Wurzeln der Ausbeuterideologien zu beseitigen. Jedoch wissend, daß sich die materiellen Bedingungen schneller umwälzen als das Bewußtsein, gilt es, den langwierigen revolutionären Kampf zu organisieren, um die Überreste der Ausbeuterideologien, insbesondere Chauvinismus, Nationalismus und Rassismus im Bewußtsein der werktätigen Massen auf dem Weg zum Kommunismus endgültig zu schlagen.

Wir meinen, daß es gerade auch im Interesse des aktuellen und praktischen Kampfes gegen die braune Pest, die vor allem vom Staat des westdeutschen Imperialismus ausgeht, notwendig ist, nicht nur die Diskussion über die nächsten Schritte zur Verstärkung des antifaschistischen Kampfes voranzubringen, sondern gerade auch die Auseinandersetzung über langfristige Perspektiven der Erringung einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung, ohne Chauvinismus und Rassismus zu führen. Denn ohne diese Perspektive werden wir nicht den langen Atem haben, das "letzte Gefecht" zu gewinnen.

Kampf dem deutschem Chauvinismus!

Kampf dem Rassismus und

Antisemitismus!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

VERTRIEB FÜR INTERNATIONALE LITERATUR

• Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin in verschiedenen Sprachen

• Schriften des Kommunismus und der Kommunistischen Internationale

• Veröffentlichungen von WESTBERLINER KOMMUNIST, GEGEN DIE STRÖMUNG und ROTE FAHNE

• Antiimperialistische, antifaschistische Veröffentlichungen aus einigen Ländern

**Öffnungszeit: Mittwoch 16.30 - 18.30
Brunhildstr. 5, 1000 Westberlin 62
(Nähe U-Bhf. Kleistpark)**